

Posener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Annonsen:
Annahme-Bureau:
Da Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Bretterstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler.
in Grätz bei J. Kreisland.
in Breslau bei Emil Habath.

Annonsen:
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Daube & Co., —
Hansenstein & Vogler, —
Rudolph Wölfe.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Jewaldendank.“

Nr. 197.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 19. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 18. März. Der Kaiser wird, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, auf der italienischen Reise außer von dem Grafen Andraßly, dem Sekretärchef, Freiherrn v. Hofmann, und dem Kabinettsdirektor, Staatsrat Braun, auch von dem Referenten für die handelspolitischen Angelegenheiten im Ministerium des Äußeren begleitet werden. Man zieht hieraus den Schluss, daß wegen Erneuerung der österreichisch-italienischen Handelsverträge Vorbesprechungen stattfinden dürften. — Das Abgeordnetenhaus hat heute die Gesetzsvorlage über den Verwaltungsgerichtshof angenommen, nachdem der Minister Unger in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede dieselbe empfohlen hatte und ein Vertragungsantrag abgelehnt worden war.

Petersburg, 18. März. Der berner Weltpostvertrag ist heute von dem Kaiser ratifiziert worden.

Vom Landtage.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 18. März, 11 Uhr Am Ministerial Dr. Falck und die Kommissarien Ministerialdirektor Foerster und Geheimer Rath Lucas.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für katholischen Bistümern und Geistlichen.

Der § 1 lautet: In den Erzbistümern Köln, Gnesen und Posen, den Diözesen Kulm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, Limburg, den Delegaturbezirken der Diözesen, sowie in den preußischen Anteilen der Erzbistümer Prag, Olmütz, Freiburg und der Diözese Mainz werden vom Tage der Bekanntmachung dieses Gesetzes ab sämmtliche, für die Bistümer, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen bestimmte Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt.

Ausgenommen von dieser Maßregel bleiben die Leistungen, welche für Anstaltsgeistliche bestimmt sind.

Zu den Staatsmitteln gehören auch die unter dauernder Verwaltung des Staates stehenden besonderen Fonds.

Abg. Petri beantragt statt „Anstaltsgeistliche“ zu setzen „Militärgeistliche“.

Zum Worte melden sich 13 Redner, 3 gegen den § 1: v. Wendt, Windthorst (Meppen) und Thissen; 10 für den § 1: Werner, Gneisenau, Voewe, Windthorst (Bielefeld), Petri, Roepell, Richter (Sangerhausen), v. Bismarck (Flatow) und v. Kardorff.

Abg. v. Wendt findet die Motivierung der Vorlage durch die Worte, mit denen Friedrich Wilhelm III. der Bulle de salute animarum seine Billigung und Sanktion erteilte, durchaus nicht zutreffend, da die rechtliche Verpflichtung des Staates aus den säkularisierten Gütern die Dotations des Clerus zu gewähren durch verschiedene Dokte anerkannt ist. Auch die jura circa sacra legt sich der Kultusminister im Widerpruch mit Walter, Richter und Stahl, wenn auch in Übereinstimmung mit Bluntschli und Genossen aus. Endlich weisen die Motive auf die letzte Encyclika als einen zwingenden Grund für die Staatsregierung hin das vorliegende Gesetz einzubringen. Von diesem Altenstück hat der Kultusminister behauptet, daß es dem „Westfälischen Merkur“ von Rom aus unter dem Siegel der Kurie zugesandt sei; die Untersuchung hat aber ergeben, daß das Couvert kein päpstliches Siegel, sondern daß das Altenstück auf seiner ersten Seite das übliche päpstliche Wappen trug und durch irgendemand, der im Papstal gut bekannt ist, und sich dergleichen leicht verschaffen kann, privatim der Redaktion des „Merkur“ zugesandt worden sein müßt. Daß die römische Kurie den Weg eingeschlagen haben soll, durch eine Zeitungssredaktion eine Encyclika zu veröffentlichen, kann nur glauben, wer sie nicht kennt. Denn wenn ihr an der Publikation lag, hätte sie dieselbe durch die Bischöfe beorgen lassen, die sie hinsichtlich kennt, um von ihnen zu wissen, daß sie das Risiko eines Brechprozesses willig übernehmen würden. Wenn aber die Encyclika für die Vorlegung des in Röde liegenden Gesetzes von so entscheidender Bedeutung ist, dann hätte die Regierung auch ihren Wortlaut in den Motiven mittheilen müssen und sich nicht damit begnügen dürfen, auf ein Altenstück als bekannt hinzuweisen, das noch nicht offiziell, sondern nur in einzelnen Zeitungen veröffentlicht ist und das daher Niemand zu kennen die Verpflichtung bat. Der Redner will daher das Versäumte nachholen und die Encyclika in ihrem ganzen Wortlaut aus einem Zeitungsblatt verlesen. Diese Ankündigung ruft einen Sturm des Unwillens auf allen Seiten des Hauses mit Ausnahme des Zentrums hervor und ein unheilvollsmäßiges Nein! ruft den Redner an der Ausführung seines Vorhabens, jedoch vergeblich, zu verhindern; denn er versichert, daß die Verlesung notwendig sei, weil er später doch auf einzelne Stellen der Encyclika weise zurückkommen müßt, und daß sie kaum mehr Zeit kosten werde, als die spätere Mittheilung einzelner Stellen. Präsident v. Benninghausen erklärt, war den Redner nicht an der Verlesung verhindern zu können, erfüllt ihn aber dringend und wiederholt davon abzustehen, weil die Encyclika allen Abgeordneten aus den Zeitungen bekannt sei und zur Verlesung eines Altenstückes, das fiktivisch von allen Zeitungen gebracht sei, unüblich ein Bedürfnis vorliegen könne. Aus dem Zentrum hört man Proteste gegen die Behauptung, daß alle Zeitungen die Encyclika gebracht haben, während Abg. Frhr. v. Wendt dabei bleibt, daß er ihren Wortlaut für seinen weiteren Vortrag nicht entbehren könne, und mit der Verlesung desselben beginnt. In diesem Augenblick bricht ein unerhörter Lärm aus, der größte Theil der Mitglieder verläßt den Saal, die Freikonservativen an der Spitze, nur das Zentrum, dessen Führer behaglich in den Tumult hineinschauen, bleibt fest auf seinen Sitzen und einige seiner Mitglieder debattieren bestig mit der zurückbleibenden Minorität der Liberalen, Schröder (Lippstadt) mit Miquel, Sarrazin mit Jung. Miquel ruft! Das ist eine Verhöhnung! Eine Viertelstunde dauert die Verlesung der Encyclika, die aber bei dem ununterbrochenen Lärm Niemand hören kann, auch der Stenograph nicht, zu dem sich Frhr. von Wendt bei der Verlesung zuweilen herunterbeugt. Dann füllt sich wieder der Saal.)

Präsident v. Benninghausen: Ich wiederhole, daß ich mich in der Notwendigkeit befand, die Verlesung dem Herrn Redner zu gestatten. Ich habe mich dabei gestützt auf die Aufführung, die er mache, daß er zur Begründung seiner weiteren Erörterung auf die einzelnen Sätze der Encyclika dem Wortlaut nach doch wieder zurückkommen müsse. Ich habe mich weiter gestützt auf denselben Bassus, welcher sich auf Seite 8 der Motive findet, wo es wörtlich heißt: „Golchem Vor-

wurde (dass der Staat die Kirche in ihrem Widerstande stärke) darf er sich am wenigsten in einem Augenblicke ausspielen, in welchem in deutschen und römischen Blättern, im lateinischen Text wie in deutscher Übersetzung eine bezüglich ihrer Achtlichkeit nirgends angezeigte Encyclika des Papstes vom 5. Februar d. J. veröffentlicht worden ist, welche jene Gesetze vor der katholischen Welt und für Alle, die es angeht, für ungültig (irritas) erklärt und den Ungehorsam gegen dieselben sanktionirt hat, — und die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen diese an sie gerichtete Encyclika — soweit bekannt — ohne einen Widerspruch hingenommen haben.“

Ich wiederhole noch einmal mein Bedauern, daß der Herr Redner trotz des wiederholten ihm ausgesprochenen Wunsches, von der Verlesung nicht abgestanden hat, daß er dadurch die Geduld des Hauses, wie er sich inzwischen doch wird überzeugt haben, in einem hohen Grade in Anspruch genommen hat (lebhafte Zustimmung), und ich kann auch nicht annehmen, daß etwa der mit der Verlesung verbundene Zweck, daß sie an die Stelle der Verkündigung durch die Bischöfe treten soll, durch die Verlesung hat irgend erreicht werden können. Denn das Wesentliche ist bereits in den Motiven mitgetheilt. Diejenigen Ausdrücke, welche bereits in den Motiven angegeben sind, haben gerade die Entscheidung begründet gegen solche Maßregeln der Kurie mit starken Maßregeln der Gesetzgebung vorzugehen. Ich ersuche Sie jetzt, fortzufahren, Herr Redner!

Abg. v. Wendt: Ich habe den Ausführungen des Herrn Kultusministers gegenüber für nothwendig erachtet, daß ein Altenstück, dem ein solcher Werth beigelegt wird, thäuschlich bekannt sei. Ich muß mich dagegen verwählen, wenn mir Seitens des Herrn Präsidenten andere Motive untergelegt werden.

Präsident v. Benninghausen: Ich halte mich verpflichtet, gegenüber einem so ganz ungewöhnlichen Vorgange, wo ein Redner, trotz des wiederholten Wunsches des Präsidenten, sich verpflichtet hält, ein Altenstück vorzulesen, welches dem ganzen Hause bekannt ist, einen solchen Ausspruch zu thun und ich bleibe dabei. (Stürmisches Bravo.)

Der Abg. v. Wendt wird von seinen Freunden im Zentrum ermuntert gegen die fortwährende Unruhe Stand zu erhalten. Endlich gelingt es dem Präsidenten Ruhe zu schaffen und der Redner fährt fort:

Ein Hauptgrund für die Verlesung war für mich das Gewicht, das der Herr Kultusminister auf die schroffe Übersetzung des Textes ins Deutsche gelegt hat. Auf letzteren allein kann es nur ankommen, und was enthält er denn? Er wiederholt nur das, was der gesammte Episkopat und meine Freunde hier seit Jahren gesagt haben. Ich habe die Encyclika auch deshalb verlesen, weil sie die in die Rechte der Kirche eingreifenden Gesetze namhaft macht, welche in Österreich nicht existiren. Der Herr Kultusminister sagte, wir haben dieselben Bestimmungen, wie in Österreich. Wo ist dort ein Gerichtshof, der Bischöfe absetzt? Von denselben Gesetzen hier und dort kann man nicht sprechen. (Ja! links!) Da die Encyclika werden einige Gesetze für ungültig erklärt, Österreich gegenüber hat man von Rom aus die ganz Verfassung für ungültig erklärt, und man hat dort derartige Maßregeln, wie jetzt bei uns, nicht ergriffen. — Der Abg. Petri will statt der Anstaltsgeistlichen die Militärgeistlichen von der Maßregel ausnehmen; ein solches Amendement liegt außerhalb unserer Kompetenz, denn die Militärgeistlichen unterstehen der Reichsgesetzgebung. Dem Abg. Petri bleibt also nur ein Antrag auf Streichung des Al. 2 des § 1 übrig, der Erfolg würde sein, daß die Thüren der Gefängnisse den Geistlichen verschlossen würden und sie geistlichen Trost und innere Besserung den Gefangenen nicht mehr bringen könnten. Dieses moralische Motiv kann nicht hoch genug angehoben werden. Der kirchliche Gerichtshof wird uns unser Gewissen nicht verkümmern, er kann es nicht hindern, daß die gläubigen Katholiken in Seiner Eminenz dem Kardinal Ledochowski und dem Bischof Martin ihre von Gott eingesetzten Bischöfe erblicken (Bravo!) im Zentrum, Varm links), denn sie sind es durch Gottes Barmherzigkeit und des heiligen apostolischen Stuhles Gnade, sie bleiben es für uns und unser Gewissen. (Ruf links: Für uns nicht!) Die Motive sagen: Die Einstellung der Staatsleistungen muß, um wirksam zu sein, allgemein und vollständig durchgeführt werden, bei der Generaldiskussion aber sagte der Minister, er verspreche sich keine großen Wirkungen von diesem Gesetze, es käme bloss auf die Zurückweisung der Ansprüche Roms an. Die Wirkung wird eine neue Steuer für uns Katholiken sein; wir werden sie mit schwerem Herzen, aber treulich zahlen. Ein Fabrikarbeiter sagte mir neulich: Das ist für jeden Fabrikarbeiter ein Kriegsfall, auf das er einmal im Jahre verzichtet. Dieses Gesetz steht in Widerpruch mit den Versprechungen bei der Säkularisation im Jahre 1803, mit den Verhältnissen der Öffentlichkeits-Patente von 1815 und mit allen Grundsätzen der Gerechtigkeit, es ist eine Rückkehr zur Constitutio criminalis carolinensis, zur Hungerfalle (Varm links), es widerspricht auch Ihrem eigenen Bolum, denn vor Jahresfrist noch weigerten Sie sich, das Gehalt der Domkapitel zu sperren, wenn diese sich weigerten, zu Lebzeiten des rechtmäßigen Bischofs einen neuen zu wählen. Ihr Rechtsgefühl hat damals den Lockungen des Kultusministers und des Abg. v. Sybel widerstanden, Sie waren in Ihrem Rechtsgefühl noch nicht da, wo Sie heute sind. Wenn Sie gegen Ihr bestes Wissen. . . (Heftige Unterbrechung.) Es ist mir ja mehrfach gesagt worden, daß die Gesetze von vielen Herren nur als Ausnahmegesetze gebilligt werden, welche durchaus keinen normalen Zustand statuiren. Es kommt aber ein Ausnahmegesetz nach dem andern, und der Rechtsboden muß Ihnen unter den Füßen schwinden, bis Sie an dem Rande des Abgrundes stehen.

Präsident v. Benninghausen: Der Herr Abgeordnete hat den Satz, der mit den Worten: „Wider besseres Wissen“ begonnen, nicht vollendet. Wären Sie auf dem Wege fortgefahrene, so wären Sie wahrscheinlich zur Ordnung gerufen worden. Sie haben den Satz weiteren Fortschritt nicht entbehren können, und mit der Verlesung desselben beginnt. In diesem Augenblick bricht ein unerhörter Lärm aus, der größte Theil der Mitglieder verläßt den Saal, die Freikonservativen an der Spitze, nur das Zentrum, dessen Führer behaglich in den Tumult hineinschauen, bleibt fest auf seinen Sitzen und einige ihrer Mitglieder debattieren bestig mit der zurückbleibenden Minorität der Liberalen, Schröder (Lippstadt) mit Miquel, Sarrazin mit Jung. Miquel ruft! Das ist eine Verhöhnung! Eine Viertelstunde dauert die Verlesung der Encyclika, die aber bei dem ununterbrochenen Lärm Niemand hören kann, auch der Stenograph nicht, zu dem sich Frhr. von Wendt bei der Verlesung zuweilen herunterbeugt. Dann füllt sich wieder der Saal.)

Abg. v. Wendt: Ich habe es ja ausgeführt. (Beifall im Zentrum; heftiges Zischen links.)

Ministerialdirektor Dr. Foerster: Der Kultusminister hat nicht gesagt, daß das Couvert, in welchem die Bulle an den „Westfälischen Merkur“ kam, das päpstliche Siegel getragen habe, sondern nur, daß der „Westfälische Merkur“ ein Exemplar der Bulle, welches das päpstliche Wappen trägt und unter dem Poststempel Rom erhalten hat. Wenn der Vorredner fragte, welche Majestätsrechte denn 1821 vorbehalten seien, so sage ich ihm einfach, vor allen Dingen das Gesetzgebungsrecht. Die Bulle de salute animarum ist ein vom Papste einheitlich der katholischen Kirche gegebenes Statut, welches nur durch die landesherrliche Genehmigung seine Wirksamkeit erhält; dies ist auch vom obersten Gerichtshof anerkannt worden. Wenn sich der Vorredner auf Versicherungen beruft, so sind doch diese nicht unter der Voraussetzung gegeben, daß sie auch einer Geistlichkeit gegenüber gelten sollen, die sich gegen die Gesetze des Staates auflehnt, und in

diesem Falle befinden wir uns gegenwärtig. Die Encyclika des Papstes enthält ein Lob und ein Glückwunsch für den preußischen Episkopat, also eine Anreizung, auf diesem Wege der Auflehnung gegen die Staatsgesetze fortzufahren. Darin liegt die politische Wichtigkeit der Bulle, deshalb mußte der Staat zur Abwehr greifen. Wenn man sagt, in Österreich seien die Kirchengesetze nicht von derselben Art, es gäbe dort keinen kirchlichen Gerichtshof, so ist das allerdings wahr, die österreichischen Gesetze substituiren statt dessen den Kultusminister, und ich habe immer noch gesagt, wenn man einen Gerichtshof konstituiert, daß darin eine gewisse Garantie liege. In wie weit das vorliegende Gesetz große Wirkungen haben wird, ist abzuwarten. Der Erfolg ist aber nicht das eigentliche Motiv für dieses Gesetz, sondern es soll hauptsächlich eine Abwehr der Eingriffe eines auswärtigen kirchlichen Oberen in das innere Leben des Staates sein. Auf den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit einzugehen, scheint mir überflüssig; wie der Vorredner besonders in diesem Gesetz eine Konfession oder etwas Ähnliches sehen kann, ist mir unverständlich. Die Bezüge, welche die Geistlichen bisher bekommen haben, sollen sie sofort wieder bekommen, wenn sie erkennen, daß sie die Staatsgesetze befolgen wollen. Was den Antrag Petri betrifft, so muß ich bitten, denselben abzulehnen. Er würde zur Folge haben, daß auch auf die Anstaltsgeistlichen dieses Gesetzes Anwendung finden müßte; dazu liegt kein Bedürfnis vor; die Anstaltsgeistlichen sind Staatsbeamte, bei deren Anstellung man darauf sehen kann, daß sie sich nicht gegen die Staatsgesetze aufstellen. Über die Militärgeistlichen kann in der Landesgesetzgebung keine Bestimmung getroffen werden, die stehen unter der Reichsgesetzgebung.

Abg. v. Wendt: Ich habe den Ausführungen des Herrn Kultusministers gegenüber für nothwendig erachtet, daß ein Altenstück, dem ein solcher Werth beigelegt wird, thäuschlich bekannt sei. Ich kann sagen, daß mir aus früheren Verhandlungen Vorfälle, wie wir sie heute gehabt haben, noch nicht bekannt gewesen sind. (Sehr richtig!) Wenn ich das gethan hätte, was der Abg. v. Wendt gethan hat, so hätte ich mir sagen müssen, daß es ein Hohn auf die Geschäftsbüro und die größte Missachtung dieses hohen Hauses war. (Lebhaft. Beifall.)

Präsident v. Benninghausen: Ich habe das Verhalten des Abg. v. Wendt schon von meinem Standpunkte aus verurtheilt, es war also wohl nicht nötig, auf dasselbe zurückzukommen.

Abg. Werner fährt fort: Es scheint mir aber der Erwähnung wert zu sein, ob nicht die Notwendigkeit vorliege, in der Geschäftsbüro eine Änderung vorzunehmen. (Sehr richtig!) Es gereicht mir zur Befriedigung vor dem Hause und dem Vaterland, davon Bezeugnis abzulegen, wie ein Katholik diese Gesetze auffaßt. (Stimmen im Zentrum: Altkatolik!) Warten Sie nur ruhig ab und dann rufen Sie. (Abg. Reichenberger nach links deutet: Die schreiben noch ganz anders! Heiterkeit.) Der preußische Katholik muß die Maßregeln, die auf ganz verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommen sind, anerkennen. Die Bischöfe, sagt nun der Abg. Reichenberger, leisten ja nur passiven Widerstand. Weshalb ist denn der Bischof Ledochowski und der Bischof Martin abgesetzt worden? Doch nur, weil sie anzeigen, die ihnen durch Geize auferlegt waren, nicht gemacht haben. Das ist doch wohl etwas Aktives, wenn man Geistliche gesetzwidrig ansieht? Es wird nur gesagt: „Man müßte Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Mit diesem Spruch ist unendlich viel Unlust getrieben und viel Unheil angerichtet worden. Die Lehre der katholischen Kirche sagt: „Federmann sei unterthan der Obligkeit; wer sich der Obligkeit widerstellt, zieht sich selbst die Verdammung zu.“ Der Bischof Martin hat früher gesagt, daß man die Staatsgesetze mit strenger Gewissenhaftigkeit befolgen müsse, heute scheint er anderer Ansicht zu sein. Es ist bei der heutigen Auslehnung gegen die Staatsgesetze um so nothwendiger, daß der Staat einschreite, als die Geistlichen jetzt nur das thun, was ihnen vom unschönen Papst befohlen wird. Der Staat muß die kräftigsten Mittel ergreifen, um sich gegen die Angriffe des Papstes zu schützen; das einfachste Mittel ist, daß man zunächst die Gelder einzieht, die die Geistlichen bis jetzt vom Staat bezogen haben. Verträge werden eben gebrochen, wenn man mit seinem Kontrahenten auf dem Kriegsfuß sich befindet. Ich eile zum Schlus. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich möchte noch manches sagen, wenn der Vorredner die Zeit des Hauses nicht so übermäßig in Anspruch genommen hätte. Ich möchte nur an das Bild vom Steinchen und vom Kolos anknüpfen und sagen: das Steinchen ist im Nollen; es wird vielleicht einen Kolos zerschmettern, aber nicht den Deutschen!

Abg. Thissen (Domkapitular in Limburg): Hören Sie einmal einen derjenigen, auf welche das Gesetz unmittelbar Anwendung finden wird; dieses Gesetz wird den Clerus nicht reifer finden als die früheren Gesetze. Die Bischöfe geben ihrer Gesinnung trotz Kerker und Abschaffung Ausdruck; der Clerus wird ebenfalls seiner Ehrenpforte nachkommen. Keiner wird sagen: quid vultis dare, ut eum vobis tradam? Alle sagen: Hartes steht uns bevor, aber Judasse wollen wir nicht sein. Der deutsche Clerus wird dem französischen und belgischen zur Zeit der großen Revolution nicht nachstehen, zumal ja Treue die Eigenthümlichkeit der deutschen Nation ist. Mit dieser Gesinnung befinden wir uns in vollster Übereinstimmung mit der Krone (lebhafter Widerspruch); es steht eine höhere Macht, die die Kronen verleiht. Wenn Sie am Schlosse vorbeigehen, lesen Sie die Inschrift an der Kuppel: Im Namen Jesu sollen sich beugen alle derer Kne, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind. (Rufe: Aber nicht dem Papst!) So lange diese Inschrift steht, erkennt unser Herrscherbaus diese höhere Gewalt an. (Rufe: Das ist aber nicht der Papst!) Wir werden schon zu leben haben; der Palast und die Hütte steht dem treuen Briefer offen. 1864 hat der Fürst Bismarck sehr richtig bemerkt, daß in keinem Parlamente Europas so avodistische Behauptungen ausgesprochen werden, wie in dem deutschen. Ich glaube hier, wunder welche Kenntnisse der katholischen Verhältnisse zu finden, aber ich habe mich getäuscht. Ich sage Ihnen aber mit Boudon, Sie können der Kirche niemals beitreten, Sie müssen denn die Wahrheit des Gottes beweisen: il n'y a pas de surnaturelle. Die Majorität der Bischöfe für dieses Gesetz wird der Präsident feststellen; die Majorität der Gründer stellt sich aber erst allmählig heraus. Dann wird das Volk rufen: Schafft den Frieden wieder! (Stimmen links: Ja! Ja!) der durch die Maßregeln gefördert worden ist. (Widerspruch.) Die Kirche hat alle Anfechtungen überstanden, sie wird auch vom omnipotenten Staat nicht überwunden werden; dieser Feind ist viel älter als die Maßregeln; schon Machiavelli hat die Theorie der Staatskompetenz aufgestellt; aber dieser Geist des Unglaubens und der Freigießerei der modernen Zeit ist hier zum ersten Male auf dem politischen Gebiete erwacht. Durch dieses Gesetz zu befreien Sie die Kirche von der goldenen Fessel, die sie bisher an den Staat knüpfte. Befreit von dieser Fesself der Bürokratie, bekommt sie ihre eigentliche Freiheit wieder. (Beifall im Zentrum.)

Hiermit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkte Abgeordneter Reichenberger, daß er nicht gesagt habe, die Maigesetze seien nichtig. Abg. Werner verliest folgende Stelle aus den Reden desselben vom 10. Dezember 1873: Diese Maigesetze sind verfassungswidrig und darum nichtig. (Hört! Hört!)

§ 1 wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 263 gegen 88 Stimmen angenommen.

§ 2 der Vorlage lautet: "Die eingestellten Leistungen werden für den Umfang des Sprengels wieder aufgenommen, sobald der jetzt im Amt befindliche Bischof (Erzbischof, Fürstbischof) oder Bischumsverweser, der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen."

Abg. Windhorst (Meppen): Dieser § 2 ist der Kern des Gesetzes, er enthält dessen Ziel und Zweck und es ist bezeichnend, daß wir darüber grade heute, am 18. März, debattieren. (Unruhe links.) Es ist

darüber grave heute, am 18. März, debattiren. (Untertritt links.) Es ist das ein denkwürdiger Tag, der in der Geschichte viel geschah, dessen Gründzüge energetisch belämpft worden sind. Aber die Grundsätze des 18. März sind reaktionär im Verhältniß zu denen des § 2. (Heiterkeit links.) Wenn der Staat omnipotent ist und unbedingt Gesetze erlassen kann, so kommt es nur darauf an, wer das Heft in Händen hat, um die Gesetze zu tiliren. Heute regiert in Preußen und Deutschland bez. Fürst Bismarck, künftig vielleicht Herr Hasenclever. (Heiterkeit links.) Zweifellos hat Hasenclever mehr Chancen, als die Geheimraths-Fraktion der National-Überalen. (Heiterkeit.) In diesem Geiste fehren wir zu den Gründzügen der französischen Revolution zurück, und Sie, m. H. (nach links), werden die Revolution nicht aufhalten, sondern fördern. Wenn die Geistlichen sich nicht verpflichten, den Staatsgesetzen Gehorsam zu leisten, so erhalten sie nichts mehr aus dem Staatsäckel. 1869 würde man eine solche Forderung harmlos gefunden haben, heutzutage kein freier Mann einen solchen Satz unterschreiben, den er bestreitet, man muß den Gesetzen ohne Ausnahme gehorchen. (Ruf links.) Das war niemals anders! Dann verkennen Sie die Geschichte. Was heißt denn Befolgen der Gesetze? Der preußische Kronsynodus, Professor Schulz in Breslau, erklärt in einer Schrift, daß der Staat mit seiner Gesetzgebung über die durch die Kunstsprache abgegrenzten Grenzen nicht hinausgehen darf, nicht die Sitten, die Ge-

nunst gebotenen Grenzen nicht hinausgehen, nicht die Sitts, die Gewissen verletzen darf. Diesen Grundsatz unterschreibe ich mit. So bald jene Grenze überschritten wird, leiste ich passiven Widerstand und hätte als Staatsbeamter mein Gewissen zu fragen, ob ich die Gesetze noch handhaben oder mein Amt niederlegen müßt. Wenn Sie nun uns nur Geborsam forderten, so weit Professor Schulz ihr billigt, so liege sich über die Sache reden. Aber Sie wollen den omnipotenten Staatszoll, den echten Extract der Hegelianer an der Spree nennen. Es ist an sich schon horrende, daß man diese Anforderung an die angestellten Geistlichen stellt, den Gesetze also rückwirkende Kraft verleiht, aber man verlangt auch von den zukünftigen Geistlichen gewissermaßen einen promissoryischen Eid, während die Möglichkeit solcher Eide allgemein overlaunt wird, und man besser thäte, die politischen Eide abzuschaffen, als neue zu konstruiren. Der Ministerpräsident sagt: Die Maigesetze sind ganz unverträglich, sie geben lange nicht so weit als das preußische Landrecht. Das ist eine Erklärung, mit der er vor der großen Examinationskommission schwerlich bestehen würde. (Heiterkeit). Aber wer ein Land wie Preußen reagiert, sollte sich nicht blos auf das allgemeine Landrecht berufen, sondern sich auch erinnern, daß dasselbe in vielen Landesteilen nicht gilt. Dann bat der Kultusminister hervorgehoben, daß ganz ähnliche Gesetze, wie die Maigesetze, in Oesterreich bestehen. Diese Neuerzung vernehmen wir sehr oft. Nun gebe ich zu, daß einzelne Bestimmungen der Maigesetze wiederkehren, die Gegenände sind aber doch anders geordnet. (Widerspruch läuft). Abg. Wehrkraftnig: Beweis! Den Beweis werde ich gleich bringen, ob ich meine, ein Mann, der sich so auf das Kultusministerium präparirt, müßte das Gesetz kennen (Große Heiterkeit). § 10 des österreichischen Gesetzes vom 20. Mai 1874 verlangt zwar von den Seelsorgern eine allgemeine Bildung, aber nirgends ist ein Staatsexamen vorgeschrieben, in dem Hegel'sche Philosophie gefraat wird. Es findet sich dann im Gesetze die Anzeige der Anstellung. Diese Anzeige ist an sich prinzipiell ungültig denn die Apostel haben das Lehramt ohne Einschränkung und ohne Erlaubniß des römischen Kaisers erhalten. Inzwischen in von Seiten des katholischen Kirchenrechts durch das Konkordat der österreichischen Regierung eine Mitwirkung bei der Anstellung zugesichert worden. Zwar hat die österreichische Regierung das Konkordat aufgehoben, aber diese einseitige Aushebung war ein Gewaltakt, den das Kirchenrecht nicht anerkannt hat, und es macht deshalb die Anzeige auf Grund des Konkordats und hat auf Grund des Konkordats den Bifaf von Linz angewiesen, die Anzeige zu machen. Es fehlt aber in dem österreichischen Gesetze der ganze Apparat der Strafandrohungen, es fehlt vor allem der omnibus, sogenannte kirchliche Gerichtshof, der sich anmaßt, Bischöfe und Geistliche abzusezen. Endlich befindet man sich in Oesterreich einer wohlwollenden Regierung gegenüber und erhält auch ungezwungen gern Wünsche derselben, die man einer anderen nicht zugestellt, welche den Kampf gegen Rom auf ihre Fahne geschrieben hat, den Papst für einen einfachen Einwohner Roms erklärt und von der italienischen Regierung verlangt, sie solle ihn in Schranken halten. Ich denke also, jene Behauptung des Kultus-Ministers ist vollkommen irrig. Der Abgeordnete Greif, der gern nach mir spricht (Heiterkeit) wird mich wahrscheinlich auf die Motive des österreichischen Gesetzes verweisen. (Abgeordneter Greif macht eine zustimmende Bewegung, Heiterkeit) — in den Motiven stehen allerdings einige Kultuskämpferische Floskeln, aber die würden wir Ihnen schiefstellen können, wenn Sie uns mit den Gesetzen in Ruhe ließen.

können, wenn Sie uns mit den Gelegen in Ruhe liegen
(Heiterkeit.) — Man will hier die Erklärung des unbedingten
Ehrens durch Geldentzichungen erzwingen, die Festung also
durch den Hunger nehmen. Der Minister-Präsident hat zwar gemeint,
dass Gesetz werde nicht recht wirksam sein, denn der Papst und die
Jesuiten hätten unendlich viel Geld. Woher hat er das? Ich habe
bisher nicht gewußt, dass er der Finanzminister des Papstes und der
Jesuiten ist. (Heiterkeit! Ruf: Auf!) Aber er hat leider Unrecht.
Weder der Papst noch die Jesuiten sind reich genug, um zu ersezten,
was der Kirche hier genommen wird. Man depositirt in Rom keine
Fürsten, verträgt sich dann mit ihnen und nimmt ihnen hinterher das
Bermögen. Die Landesunterthanen werden den Anfall aufzutragen
müssen, denn das katholische Volk wird seine Geistlichen nicht aus-
hungern lassen. Aber wenn dieses Gesetz wirkungslos ist, wie will der
Ministerpräsident rechtfertigen, dass es erlassen wird? (Heiterkeit
links) zu den Leistungen, welche heute der Kirche entzogen werden sollen,
ist der Staat rechtlich verpflichtet, unterbleiben sie, so liegt ein Ver-
tragsbruch vor. (Widerspruch links.) Freilich weiß ich, dass die Cir-
kumskriptionsküllen keine Konföderate sind; diese behandeln sämtliche
Beziehungen des Staats zur Kurie, jene nur einzelne Bestimmungen
insbesondere die auf Grund des Reichs-Deputations-Hauptschlusses
und der Wiener Verhandlungen der Kirche zu leistenden Dotationsen.
Es liegt aber bei beiden ein vollständiges Vertragsverhältnis vor, und
ich meine, es entspricht dem Gravisse der Majestät, übernommene
Geldverpflichtungen voll und ohne Anstand zu leisten, kann es deshalb
nicht ein Majestätsfehler sein, sie nicht zu erfüllen. (Sehr gut!
im Zentrum.) Wir wären zufrieden, wenn der Kultusminister die
Fortzahlung der Diäten von dem Auspruch der Gerichte abhängig
machen wollte, denn ich bin nicht zweifelhaft, wie die Gerichte ent-
scheiden werden, soweit sie noch nicht vom Kulturlauf angestossen
sein. Wenn Sie die Geistlichen durch Mittel, wie sie dieses Gesetz
vorschlägt, zwingen wollen, so beleidigen Sie damit Recht und Moral.
Sie Sie diesen Weg wandeln, überzeugen Sie sich die Sache noch ein-
mal. Sie können Frieden haben, sobald Sie sich mit den gegebenen
Autoritäten verständigen. (Aha! links) wie werden eine solche Ver-
ständigung nach Kräften fördern. Wollen Sie den Frieden nicht, so
bleibt uns nichts übrig, als mit Geduld zu erwarten, bis man sich an
der höchsten Stelle errinnert, dass es auch katholische Unterthanen
gibt. (Während dieser Rede sind Fürst Bismarck, Graf zu
Eulenburg und Dr. Gienhaber eingetreten)

Fürst Bismarck: Ich ergreife nur das Wort, um zu vermeiden, daß wegen einer persönlichen Bemerkung nach der Geschäftssitzung nochher das Haus genößigt werde, die Diskussion wieder zu eröffnen. Auf die sachlichen Deduktionen des Vorredners wird von

sachkundiger Seite geantwortet werden. Um mir die Sachkunde zu bestreiten, hat der Vorredner aber eine Angabe gemacht, die ich für vollständig unrichtig halte. Er hat behauptet, ich hätte irgendwo, id. weiß nicht wann, gesagt, die Maigesetze enthielten nichts, was nicht im Landrecht stände, oder mit dem Landrecht identisch wäre. Ich bestreite das jemals gesagt zu haben. Ich habe zwar nicht so oft, wie der Herr Vorredner, in meinem Leben gesprochen, aber doch öfter, als daß ich jedes meiner Worte im Gedächtnis behalten kann; aber das bestreite ich gesagt zu haben, denn obschon ich es nicht auf mich nehmen möchte in der Jurisprudenz mit dem Vorredner zu messen, so bin ich doch im juristischen Studium nicht so unterrichtet, um nicht zu wissen, daß in dem Landrecht allerdings ja sehr viel mehr und viel Wissenschaftsvertheses steht, als in den Maigesetzen, in den Maigesetzen aber doch Vieles, weil man die seltsame Erscheinung der Auslehnung sämmtlicher Geistlichen gegen die Gesetze des Staates damals für unmöglich hielt. (Sehr richtig! links) Wenn also der Vorredner in seiner Art etwas zu behaupten, was annähernd so sein kann, mir die Schuld giebt, ich hätte bei jener Behauptung diese noch größere juristische Unwissenheit, als die mir in der Wirklichkeit eigenhümlich sein mag, bewiesen, so daß ich durch das Examen schwerlich hindurchgeschlüpfen wäre, so muß ich doch feststellen, daß mir der Vorredner hier Unrecht gethan hat; ich habe das nicht gesagt und würde es auch nicht thun. Im Examen, davon bin ich überzeugt, wird er sehr viel besser bestehen als ich, namentlich in juristischen, bei seiner Freiheit gewiß auch in sehr viel anderen; etwas ganz Anderes aber ist es praktische Politik zu treiben und sich mit einem Erfolg mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beschäftigen. Da behauptete ich nur meinerseits wieder das besser zu verstehen wie der Vorredner. Die Examina, die er hier etwa machen könnte, würden ihn meines Wissens nicht dazu befähigen; wir würden immer darüber einig sein, daß wir jeden Staat bedauern würden, dem es begegneten wäre, von dem Herrn Vorredner regiert zu werden. (Sehr gut! Heiterkeit links.) Die Herren aus Hannover haben ja darin Erfahrungen gemacht, und sie werden daher im Stande sein, zu sagen, ob sie lieber einen streng juristisch examinierten oder einem dem Lande nützlichen Minister haben wollen. (Heiterkeit.)

Der Vorredner hat dann weiter meine Behauptung kritisiert, wie würden mit diesem Gesetze wenig erzwingen, und daraus gefolgt, daß er nicht zu begreifen vermag, warum wir es denn überhaupt in Leben gerufen hätten. Der Vorredner begreift ja doch so Manches was uns unverständlich ist; wie ist er denn nicht auf den Gedanken gekommen, der doch so nahe liegt: wir finden es des Staates nicht würdig, seinem eigenen Feinde die Mittel zum Aufruhr zu bewilligen? es ist eine Anstandspflicht des Staates, diese Gelder einzuhalten, der Staat kann nicht stillschweigen und sich mit eigenen Mitteln daran betheiligen, daß gegen ihn der Aufruhr von denjenigen von einer Seite gepredigt wird, wo er am meisten im eigenen Interesse derselben unterdrückt werden müßte. Ich sage, im eigenen Interesse; denn Sie ziehen sich, ich will nicht sagen unter Ihnen selbst, aber an denjenigen die wir im Allgemeinen die Hezklapläne nennen, eine Gesellschaft grob, mit der Sie nachher, wenn Sie einmal wieder in gute Zeiten kommen werden, auch Ihrerseits Ihre Notn haben werden. Wenn Sie außerdem fragen, was für Erfolge wir davon haben, nun mein Herr, Sie glauben den Erfolg von Ihrem Kampfe zu haben, daß Sie das kirchliche Bewußtsein, die Begeisterung für die Kirche im Volke stärken. Der Deutsche hat ja einmal das Gefühl, wenn er für eine Sache, sie mag gut oder schlecht sein, eintritt, wenn er erst einmal im Kampfe engagiert ist — die Uniform, die er trägt, ist dann eine strohe Verleitung für ihn, die Sache so genau nicht zu prüfen. Die Schläge, die er dafür austheilt oder empfängt, bilden dann für ihn eben so viele Argumente, und insoffern kann leicht eine größere Meinung zur inneren Geschlossenheit für alle Aufträge, die ihr oben gegeben werden, in der katholischen Kirche entstanden sein. Sie aber dieses Ferment später wieder beherrschen werden und können das ist noch eine andre Frage. Alle diese jungen, ehrgeizig in Streiter die wollen ja auch größer, die wollen später ja auch befriedigt sein, die wollen ja auch nicht immer Hezklapläne bleiben, die wollen ja nicht immer blos Zeitungen schreiben, die wollen ja Bischöfe werden. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit links.) Wir nun haben nach dieser Seite hin in Bezug auf die Geschlossenheit in diesem Kampf auch außerordentlich gewonnen. Es ist wie in früheren Zeiten; es lassen sich mehrere Beispiele der Art zitiren, u. A. das von Heinrich dem Bogengestellter. Ehe er die Ungarn schlug, ühte er seine, wie man behauptet, damals gegen ihre Vorfahren im kriegerischen Sinn beruntergelkommenen Unterthanen in allerhand Gefechten zehn Jahre lang, bis er sie gegen den eigentlichen Feind in dem Kampf führte. Dieser Kampf ist ja für den preußischen Staatsmann, womit ich nicht mich meine, sondern die sämtlichen Staatsmänner, die hier versammelt sind, eine außerordentlich nützliche Schule geworden in der Überzeugung von der Notwendigkeit, daß der Staat einige Hilfsmittel zu seiner Vertheidigung haben muß, daß ein starker Staat bestehen muß, daß alle Parteien ein Interesse haben, daß der Staat gestärkt werde gegen die Partei, die den Staat in seinen Gründesten, in seiner Existenz ansetzt. Die Folge davon wird sein, daß wir mit der Zeit nur zwei Parteien haben, eine, die den Staat negirt, die ihn bekämpft, und die andere, die der patriotisch anhänglich gesinnten achtbaren Leute (Unruhe im Zentrum), womit ich leineswegs die anderen als nicht achtbare bezeichnen will. Diese große Partei wird sich bilden, und sie wird schließlich alle diejenigen Parteien umfassen, die überhaupt den Staat wollen. Es rüden ja diese Parteien schon jetzt näher zusammen. Sind nicht die von den äugeren Rechten aus ihrer Abgeschlossenheit entgegenkommender, ich möchte sagen moderner geworden? Und sind nicht die von der äußeren Linken, die hier vertretenen Mitglieder der Fortschrittspartei ganz offen zu Aussprüchen gelangt, die als konkludente Handlungen beweisen, daß sie doch auch die Notwendigkeit des Staates aner kennen und daß es notwendig ist, auf die Fundamente dieses Hauses, in dem wir alle wohnen und dessen Schutz doch wir alle erwarten, nicht ununterbrochen mit der Art loszuarbeiten und den Anderen den Schutz zu überlassen. Alle diese früheren Sünden im politischen Leben haben vielfach einer Einkehr und Umkehr Platz gemacht, und ich wiederhole es, durch dieses Wirken der Gegner ist die große patriotische Majorität größer und stärker geworden. (Beifall links.) Was aus dem Staat würde, wenn wir den Kampf aufgaben, wenn wir also jetzt die Bahn betreten, die der Vorredner in bisher diplomatischer Andeutung — der Vorredner ist gewiß ein besserer Diplomat als ich Jurist (Heiterkeit) — uns empfahl, das kann ich nicht beurtheilen. Unsere Aufgabe ist es nicht, dergleichen Wege zu suchen, wer uns braucht, der weiß uns zu finden. (Beifall.) Der Vorredner hat meine Angaben über das Vermögen des Jesuitenordens und des Papstes bemängelt und mich mit dem Scherze abgefunden, seit wann ich Finanzminister der Jesuiten und des Papstes sei. Ich glaube man kann auch ohne gerade Finanzminister des preußischen Staates zu sein, doch eine erhebliche Einsicht in die Vermögensquellen und in das Einkommen des preußischen Staates haben; wir alle haben ja diese Einsicht. Sie sehen also, daß dieser liebenswürdige Scherz nicht einmal den Grad von Annwendbarkeit auf die Sache hat, den sonst seine Scherze zu haben pflegen. (Heiterkeit.) Wenn man 25 Jahre lang in größeren politischen Geschäften zugebracht hat, wie ich, so erfährt man eine Menge Dinge, und da glaube ich, daß ich Ihnen mit einer Sicherheit, wenn ich den zur Einkommensteuer einschätzen sollte, denselben augenblicklich nicht ganz so hoch wie das Vermögen des verstorbenen Rothschild, aber doch auf die Hälfte auf 230 bis 280 Millionen Thaler also ca. eine Milliarde Franken, schätzen würde. Wir können ja darüber vielleicht noch weiter diskutieren. Wir sind auch nicht ganz ohne Fühlung mit den Jesuiten; ich habe in meinem Leben die Freundschaft mancher Jesuiten genossen; wir sind auch noch nicht ganz ohne Verbindung damit; ich will nicht so weit gehen zu sagen: Von Zeit zu Zeit seh ich den Alten gern. (Heiterkeit.) Wir brechen auch nicht all' Verbindung ab und ich alaube bei meiner Angabe sicher zu sein. Das Vermögen des Papstes ist davon weit entfernt, diese Ziffer zu erreichen, indessen ist es immer noch groß genug, um den Papst aufzufeuern, falls die italienischen Regierung gegenüber zu stehen. Der Peterpfennig allein inklusive der freiwilligen Gaben, die ihm andere bringen, hat in vorigen Jahre allein 12 Millionen Franken eingezahlt.

Davon kann man als Bischof leben und auch unter Umständen politische Zwecke unterstützen, auch Anleihen machen. Damit ist die Quelle des Vermögens ja noch nicht erschöpft; die Herren werden ja selbst wissen, wie viel ein jeder dazu beträgt. (Heiterkeit.) Dann hat der Vorredner die Vertragstheorien ausgeführt, das überlasse ich den Sachkundigen, besserer Wissenden, zu denen ich vor allen Dingen den Kultusminister rechne. Nur damit berührt er mein Recht, wenn er von dem Majestätsvorbehalt spricht; das erinnert mich an viele Unternehmungsbriebe, in denen ich auch den Satz finde: noblesse oblige. Die Majestät müsse immer lange in Geldsachen sein. Die höhere Majestätspflicht ist noch der Sitz des Rechtes, die Fernhaltung des Verbrechens, soweit es sich im Aufruhr zeigen möchte. Die Majestät darf Gelder auf Kosten der Steuerpflichtigen aus dem Staatshäder dann überhaupt nicht zahlen, sobald sie wesentlich dazu dienen, die Kräfte zu erhalten und zu vermehren, die einstweilen zur Unterdrückung, demnächst vielleicht zum Umsturz und zum offenen Angriffe gegen die Fundamente des Staats und des bürgerlichen Friedens benutzt werden können. (Lebhafte Beifall.)
(Schluß folgt)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 18. März.

— Im schroffen Gegensatz zu der neulichen „karlistischen“ Nachricht, der spanische Kriegsminister habe der karlistischen Armee die Rechte einer kriegsführenden Nation zugestanden, hat der spanische Justizminister eine Untersuchung wegen der Gräueltaten eingeleitet, welche die Karlisten am 14. Juli v. J. bei der Einnahme der Stadt Cuenca verübt haben. Die karlistischen Truppen in einer Stärke von etwa 14 000 Mann hielten die Besetzung von Cuenca zur Kapitulation gezwungen, und die Stadt wurde einer 24stündigen Plünderung preis gegeben. Die Anklage gegen den Infanten Don Alfonso, den Bruder des Don Carlos wegen Theilnahme an den bei dieser Gelegenheit verübten Verbrechen gründet sich darauf, das Don Alfonso Kommandant der Belagerungsarmee gewesen ist. Im Herbst legte Alfonso, wie erinnerlich, sein Kommando nieder und verließ Spanien. Im Februar dieses Jahres traf Don Alfonso mit seiner Gemahlin in Klein-Heubach (Bayern) bei seinem Schwiegervater dem Fürsten Löwenstein ein und man vermutete damals, er habe sich neue finanzielle Mittel für seinen Bruder flüssig zu machen. Sodann hat die spanische Regierung hier einen Antrag auf Auslieferung Alfonso gestellt, der aber zunächst nicht in Erwägung gezogen werden konnte, weil dem Antrage nicht die nach Art. VII des bayerisch-spanischen Auslieferungs-Vertrages erforderlichen gerichtlichen Dokumente (Verhaftsbefehl oder eine andere dieselbe Kraft habende Urkunde) beigelegt waren. Inzwischen sind diese nach der Ansicht der spanischen Regierungen genügenden Dokumente mit dem erneuten Antrage vorliegen. Ein Auslieferungsvertrag zwischen dem deutschen Kaiserreich und Spanien existiert bekanntlich nicht; wohl aber Verträge älteren Datums zwischen einzelnen deutschen Staaten und Spanien. Speziell betracht kommt hier der bairisch-spanische Vertrag vom 28. Juni 1866 da, wie bereits erwähnt, Don Alfonso sich auf bairischem Boden befindet. Auf den Verlauf dieser Angelegenheit ist man in politischen Kreisen nicht wenig gespannt. Das gerichtliche Vorgehen der Regierung Alsons XII. gegen Don Alfonso hat insofern überrascht, als der Vater Alfonso XII., der Infant Franz de Assissi, ein Neffe der beiden Brüder Don Carlos und Don Alfonso ist. Andererseits freilich ist Prinz Adalbert von Bayern vermählt mit der jüngsten Schwester des Infanten Franz de Assissi, der Infantin Amalie, also einer Tante des Königs Alsons, und gerade wegen dieser verwandschaftlichen Beziehungen wird angenommen, daß Alsons XII. sich in München nicht durch den bei dem Deutschen Kaiserreich und den übrigen Bundesstaaten welche sich das Gesandtschaftsrecht reservirt haben, accrediteden Gesandten, Herrn Merrv, sondern durch einen besonderen Gesandten vertreten lassen werde.

— In Anerkennung der Hilfeleistungen bei Rettung und Bergung der Mannschaft der von den Carlisten bei Guetaria seeräuberisch beschossenen rostocker Brigg „Gustav“ hat der Kaiser dem Kommandanten dieses Bootes, Hauptmann im 37. spanischen Inf.-Regim. Don Celestino Garcia y Hernandez den rothen Adlerorden 3. Kl. einer anderen Offizier, Don Ricacio Arribadalaga die 4. Classe desselben Ordens und dem Führer der Küstenwache Don Francisco Stuarto das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Der spanische Schiffskapitän Don Lorenzo Basurto ist durch ein Erinnerungsgegenstück ausgezeichnet unter die freiwillige Mannschaft des Fossenbootes, die aus etwa 50 Männern bestand, und 900 Mark belohnt worden.

Sokales und Provinzielles.

Wesen, 19. März

r. Auf den Bahnen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft wurden im Januar d. J. befördert: 248 Courier- und Schnellzüge, 1610 Personenzüge, 2378 gemischte Züge, 2996 Güterzüge, 2157 außerfahrplanmäßige Courier- und Schnellzüge, 2157 außerfahrplanmäßige Güterzüge. Es verpassten von diesen Zügen: 5 Courier- und Schnellzüge und 36 Personenzüge über 10 Minuten, 13 gemischte Züge über 30 Minuten, und betrug demnach die Anzahl der Verspätungen 1,11 Prozent von der Gesamtzahl der fahrplanmäßigen Züge. Durchschnittlich legten, inkl. des Aufenthalts auf den Stationen, die Courier- und Schnellzüge pro Stunde zurück: 51, die Personenzüge 39, die gemischten Züge 29 Kilometer. — Auf der Myszkowschi-Bahn wurden im Januar d. J. befördert 39 Personenzüge, 124 gemischte Züge, 110 Güterzüge, und 9 außerfahrplanmäßige Personenzüge. Es verpassten von diesen Zügen 10 Personenzüge über 10 Minuten, und betrug demnach die Anzahl der Verspätungen 1,61 Prozent von der Gesamtzahl der Züge. Durchschnittlich legten, inkl. des Aufenthalts auf den Stationen, die Personenzüge 41, die gemischten Züge 25 Kilometer pro Stunde zurück.

Staats- und Notizwirthschaft

** Preußische Bank. Wochen-Uebersicht vom 1.
März 1875.

| | Aktiva. | |
|---|------------------|---|
| 1. Geprägtes Geld und Barren | Mark 622,057,000 | + |
| 2. Kassen-Anweisungen, Privat- Banknoten u. Darlehnskassen- Scheine | = 12,492,000 | + |
| 3. Wechsel-Bestände | = 300,071,000 | - |
| 4. Lombard-Bestände | = 57,487,000 | + |
| 5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva | = 11,979,000 | + |
| | Passiva. | |
| 6. Banknoten im Umlauf | Mark 753,987,000 | - |
| 7. Depositen-Kapitalien | = 99,491,000 | - |
| 8. Guthaben der Staatsklassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Ver- kaufs | 53,374,000 | - |

Nach der vorstehend veröffentlichten Wochenübersicht hat das Portefeuille in der zweiten Märzwoche wieder eine erhebliche Schwächung erfahren: die Wechselbestände haben sich um mehr als 8 Millionen vermindert und beispieler sich jetzt auf ziemlich genau 300 Millionen. Der Bankausweis giebt damit seinen uns schon gewohnt gewordenen wöchentlichen Verlust für die Fortdauer der traurigen Stagnation, in welcher die Geschäfte verharren. Mit Hilfe der Abnahme des Portefeuilles und, trotzdem die Lombardbestände um einen kleinen Betrag (285.000 M.) gestiegen sind und die Regierung gegen 1 Million aus der Bank genommen, konnte der Baarschus um fast 1 Million, die Kassenbevorräthe um nahezu 4 Millionen anwachsen und die Notenirkulation um über 2½ Millionen reduziert werden. Das Gesammtfazit ist eine merkliche Besserung in der Position der Bank. Die Summe der umfassenden Noten ist jetzt bis zu mehr als 84 p.C. durch Metall und Kassenreiche gedeckt; ungedeckt bleiben 119½ Millionen Mark.

** Elberfeld, 18. März. Die Betriebseinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr- und Siegbahn im Monat Februar ergaben ein Plus von 915.122 M. gegen den Monat Februar des vorigen Jahres.

** Gera, 18. März. Der Verwaltungsrath der Geraer Bank hat nach eingehender Prüfung der Verhältnisse und nachdem eine entsprechende Summe in Reserve gestellt worden ist, die Gesamtdividende auf 8 p.C. festgestellt.

** Die Lage der Bank von Frankreich. Auch der vor einigen Tagen publizierte Jahresbericht der Bank von Frankreich — schreibt die "Börs. Ztg." — legt ein sprechendes Zeugnis für das allgemeine Darniederliegen von Industrie und Handel ab. Der geschäftliche Umlauf der Bank hat sich von 16.715 Millionen in 1873 im vergangenen Jahr auf 14.270 Millionen, also um 2.445 Millionen ermäßigt. Der Betrag der eingereichten Wechsel hat gegen das Vorjahr eine Verminderung von 2399 Millionen erfahren, er erreichte die Höhe von 12.219 Millionen. Die zum Escompte in Paris angenommenen Handelsbriefen repräsentirten mit Auschluß der Schatzkasse einen Werth von 3.344 Millionen, die entsprechende Bissel in 1873 war 3.293 gewesen. Dieses Resultat steht — fährt das genannte Berliner Blatt fort — indeß mit dem eben über das Darlehen der Geistlichen Behaupten keineswegs in Widerspruch; denn die Pariser Centralstelle erhält in Wahrheit Anweisungen der Stadt, Bantwesel etc., also Werthe, die gar keinen geschäftlichen Charakter tragen und mit den Bewegungen des Jahres auch nicht im geringsten Zusammenhang stehen. Dagegen hat sich in der Provins, wo das zum Escompte eingereichte Papier einen ausschließlich geschäftlichen Charakter zu tragen pflegt, der Einfluß der Geschäftsstreckung im weitesten Umfange geltend gemacht. Denn die in den Sultursalen escomptirten Effekten repräsentirten nur 4089 Millionen gegen 5191 Millionen in 1873. Der Bissel hat nur zwei Mal im Laufe des Jahres Veränderungen erfahren, er wurde zweimal ermäßigt und zwar von 5 auf 4½ p.C. am 5. März und am 4. Juni weiter von 4½ auf 4 p.C., auf welchem Niveau er noch heute steht. Die Vorschüsse auf Effekten sind ebenfalls geringer geworden. Sie beispieler sich auf 489.650.000 Fr. gegen 562.906.000 Fr. in 1873; die Abnahmen gegen das Vorjahr betrug demnach 73.256.000 Fr. Diese Abnahme führt sich in der Hauptsache auf das Minus in den beliebten Obligationen des Crédit Foncier zurück. Die Vorschüsse auf Eisenbahn-Obligationen haben ungefähr um 18 Millionen abgenommen. Der Baarvorrate der Bank ist im Laufe des Jahres um 609 Millionen angewachsen, ein Umstand, den Frankreich natürlich der außerordentlichen Gunst seines auwärtigen Handels verdankt. Gleichzeitig mit dem Anwachsen des Baarvorrates ist die Notenirkulation zurückgegangen. Von 2916½ Millionen am 15. Januar 1874 fiel dieselbe auf 2641 Millionen, was einer Reduktion der Noten um 275½ Millionen entspricht. Vor der Absicht geleitet, zu gelegener Zeit ihre Baarzahlungen wieder aufzunehmen, hat die Administration der Bank mit Erfolg die Notenirkulation zu vermindern gesucht. Wie bekannt, sind die 5 Franks- und 20 Franks-Billets der Bank aus dem Verkehr genommen und theils durch Silber, theils durch Gold ersetzt worden. Unter den Sultursalen zeigt eine Erhebung seiner geschäftlichen Umsätze um 35 Millionen. Dagegen konstatiert Marseille ein Minus von 11½ Millionen, Bordeaux von 6½ Millionen, Lyon von 19½ Millionen und Havre von 25 Millionen. Unter den 68 Sultursalen, welche die Bank insgesamt besitzt, haben sechs in neuester Zeit ins Leben gerufene zusammen einen Verlust von 100.357 Frs. gebracht. Fünf neue Sultursalen sollen nun nächstens eröffnet werden und zwar Beauvais, Bourges, Chartres, Moulins und Besouf. Neun andere Sultursalen sind bereits in der Einrichtung begriffen. Es erübrigte nur noch die Eröffnung von sieben Sultursalen, um sämmtliche Départements mit Sultursalen zu versehen. Die Dividende pro 1874 beträgt 293 Frs. 80 Cts. pro Aktie.

** London, 17. März. Dem "Standard" zufolge hat in Folge des Fallsturms des Hauses J. C. im Thurn & Comp. das Haus Sirs & Comp. mit 250.000 Pfds. Sterl. die Zahlungen eingestellt. Wie das "Echo" hinzufügt, werden demnächst noch weitere Zahlungseinstellungen erwartet.

Vermischtes.

* Wagnerkonzert in Berlin. Auf das Ansuchen seiner berliner Freunde und Verehrer bat Richard Wagner in Aussicht gestellt, auch in Berlin zum Besten des bayrischen Unternehmens jene Fragmente aus der eben vollendeten "Götterdämmerung" zur Aufführung zu bringen, deren Vorführung in Wien unter des Meisters mit so entzückendem Beifall erfolgte. Die Anwesenheit Wagner's Leitung in Berlin und also auch die Zeit des Konzertes, dessen Arrangement durch den vorlängen Wagner-Verein erfolgen wird, dürfte etwa in die Mitte des nächsten Monats fallen. Des Zwecks wegen wird die Höhe der Eintrittspreise den für das im Jahre 1873 unter Richard Wagners Leitung stattgehabten und den für das wiener Konzert bezahlten entsprechend festgestellt werden.

* Wien, 16. März. [Lieutenant Baskler], der die Regimentskasse in der Alserkaserne um ihren Inhalt von 29.000 Fr. bestohlen hatte, stand gestern vor dem Kriegsgericht. Aufgefordert, zu bekennen, ob er sich schuldig fühle, antwortete Baskler: „Ja, ich fühle mich schuldig“, und erzählte sodann die bekannten Thatumstände. Das Kriegsgericht einzige sich nach langer Beratung über die Anträge des Kriegsgerichts, wonach Baskler zu 10 Jahren schweren Kerkers, verbündet mit Einzelhaft und Festtag an jedem 23. eines Monats, zum Ersatz der Gerichtskosten und des im Militär-Aerar, sowie dem Disziplinkorps zugefügten Schadens, zur „infamen“ Raffirung und zur Ausstofzung aus dem Heere zu verurtheilen sei. Ein Antrag in diesem Sinne ging auch gestern früh Abends noch von Seiten des Kriegsgerichts an den obersten Militärgerichtshof ab, nach dessen Beurtheilung das Urtheil in Kraft tritt. Als Strafart ist Günsin in Aussicht genommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angekommene fremde vom 19. März

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Betsch und Frau aus Samter, Beutler aus Golencin, Architekt Koch aus Wien, Maurermeister Goldstein aus Kattowitz, Fabrikant Segelow aus Zeitz, die Kaufleute Franke, Kindermann, Lewy und Michaelis aus Berlin, Reimann aus Briesig.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Beck aus Ruhland, v. Doniemienski aus Krakau, Ingenieur Schulz aus Ratibor, die Kaufleute Riefe und Bebrend aus Berlin, Rosensdorf und Knoll aus Breslau, Quitz aus Borsigheim, Be tram aus Hamburg, Steinbach aus Wien, Belied aus Tannenbergthal, Proeger aus Waltershausen, Klinner aus Berlin, Ukrainsky aus Warschau, Wolter aus Wien, Baumeister Throck aus Gnesen.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Schäper aus Insterburg, Schmidt aus Görlitz, H. Meyer aus Berlin, Schmidt mit Frau und Tochter aus Stettin, Gutsbesitzer von Kochanek aus Trebnitz.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Paulig a. Korsztow, Fran Morgenstern aus Starzyn, Posthalter Morgenstern aus Mur, Goetlin, Gutsbesitzer Silenz aus Nowoh, Postped. Apelt aus Mur, Goslin, die Landwirthe Cohn aus Birnbaum, Wydzicki aus Charnetz, Geschäftsm. Caulmann aus Jerzy.

STERN'S HOTEL DE FRANCE. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Gorzenski-Oltorog aus Smilowo, die Kaufleute Wolke aus Hamburg, Wittig aus Hamburg, Swierchanski aus Bromberg.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Versailles, 18. März. Die Nationalversammlung nahm mit 431 gegen 260 Stimmen die Vertagung der Verhandlungen bis 11. Mai an. Ferner wurde der Zusatzantrag zu Art. 9 der Konstitution angenommen, welcher Versailles zum Sitz beider Kammer erklärte, sodann genehmigte man das ganze Feriengesetz und der Antrag Soubrayen, welcher den Finanzminister ermächtigte, die zur Einführung der Morgananleihe erforderlichen Maßregeln zu treffen. — Den Antrag Courcelles, die Bannahme der Erstwahl bis nach den allgemeinen Wahlen zu unterlassen, beschloß die Versammlung in Erwägung zu nehmen. Die Abtheilungen sollen morgen die Kommission zur Vorprüfung des Antrages und auch die Permanentkommission wählen. Die Linke und die Bonapartisten wollen, daß die Auflösung der Nationalversammlung bald festgestellt werde und stimmten deshalb gegen die bloße Inbetrahnahme des Antrages.

Gewinn-Liste der 3. Klasse 151. k. preuß. Klassen-Lotterie
Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.

Berlin, 18. März. Bei der heute beendigtenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

187 93 94 213 46 (180) 53 355 420 34 515 25 (150) 75 614 94 747 77 817 75 86 962 76 1088 105 48 49 69 89 206 (150) 16 375 446 48 64 505 11 23 633 48 733 55 65 88 889 964 92. 2041 102 231 33 64 83 302 (150) 3 571 648 728 39 78 833 72 970. 3006 127 31 48 232 414 516 28 62 610 728 855 61. 4216 31 99 330 400 32 36 40 62 92 569 641 718 813 64 909 59. 5008 82 148 67 74 (150) 232 49 332 (1800) 457 514 602 724 57 92 880 931 63 (1500). 6021 44 71 81 (180) 139 206 (240) 76 516 23 615 33 778 819 56 (300) 92 903 59. 7007 13 52 91 239 56 64 300 37 38 87 470 97 571 94 706 14 49 77 82 809 45 56 934. 8003 28 74 137 (180) 79 82 88 281 335 419 59 512 642 788 860 935 73. 9066 102 9 41 60 (150) 229 79 99 385 528 (150) 41 48 70 675 89 718 33 45 68 96 867 82 915 36 39

10002 215 50 69 312 (240) 70 421 25 530 34 (180) 54 66 81 88 90 (150) 681 785 802 28 956. 11015 23 67 113 86 95 209 17 29 (150) 70 341 419 52 65 81 90 (150) 97 512 77 605 24 55 751 99 845 81 86. 12037 83 (150) 104 8 (180) 252 416 87 (150) 99 525 73 98 642 69 (150) 702 29 31 872 74 945 93. 13042 43 56 (150) 97 268 309 33 43 (150) 495 617 (150) 38 52 737 44 68 906 36 49. 14004 129 93 206 18 21 27 (300) 32 47 78 90 324 68 81 418 47 66 558 60 97 735 75 82 890 96 985 96. 15059 83 95 113 23 238 318 33 (180) 65 506 26 73 659 701 42 828 31 57 900. 16024 (150) 29 84 123 215 23 45 343 43 652 710 829 75 83 88 90 923. 17001 30 34 50 77 92 211 77 81 311 78 408 89 518 22 57 76 (240) 756 67 81 840 936 45 92. 18187 244 330 46 404 (180) 33 36 42 573 96 697 704 841 58 80 84 905 72. 19 25 47 77 457 73 756 58 96 873 910 38.

20 100 10 23 77 210 24 58 (150) 355 454 64 99 597 637 (150) 705 83 847 969 87. 21 003 8 27 69 119 85 226 50 61 570 78 783 808 934 55 80. 22 076 88 (150) 168 (150) 73 (150) 80 464 511 60 73 645 46 (180) 52 731 38 43 834 929 46 (150). 23 023 38 54 159 (150) 70 (150) 73 97 218 21 28 98 433 63 (300) 576 614 95 745 63 (150) 892 906 9 44. 24 279 367 415 18 633 72 92 705 830 900 (150) 56. 25 003 75 183 371 438 (180) 507 14 (300) 26 93 720 29 802 8 (150) 61 966 90 96. 26 014 16 34 98 103 26 180 35 57 64 206 94 341 440 54 99 554 72 642 708 813 34 56 89 975 93. 27 012 130 47 48 214 (180) 87 330 42 423 60 537 40 50 610 49 737 93 99 816 66 81 902 47 (180) 48 (150). 28 038 121 24 37 58 71 96 238 327 407 25 75 519 (150) 623 46 51 84 729 810 42 79 912 57 68. 29 087 125 84 242 (150) 48 66 (150) 93 337 74 95 97 (180) 420 47 65 597 615 (150) 21 87 700 47 68 817 60 914 38.

30 015 76 82 92 198 (150) 237 72 93 310 47 446 74 77 529 30 (150) 822 51 83 929 51. 31 014 22 32 72 81 93 103 6 53 97 204 11 (240) 50 58 304 44 46 63 64 80 407 33 42 70 73 510 39 49 76 96 97 607 703 4 (180) 802 21 66 72 906 25 64 67 74 (150) 83. 32 013 20 67 350 61 423 45 58 61 501 76 654 63 730 47 64 75 89 92 818 908 20 65 89. 33 028 62 86 134 214 35 (900) 45 332 63 (150) 82 83 55 (240) 98 427 95 (180) 535 71 (150) 76 642 68 86 710 40 43 68 817 57 907 94. 34 006 28 29 121 44 45 60 97 213 (900) 42 66 (150) 326 63 (150) 81 415 35 49 (180) 52 560 68 81 643 815 18 906 (180) 21 27 40 55 (150) 98. 35 024 44 50 88 113 (240) 52 64 89 259 72 354 453 80 97 523 24 (150) 27 37 84 (150) 631 61 808 55 61 905. 36 020 155 79 90 247 (150) 76 337 42 43 54 57 407 20 46 56 (150) 65 543 (150) 609 10 42 705 13 99 800 9 (150) 73 954. 37 026 73 82 103 74 232 64 69 91 316 99 416 (150) 39 53 83 502 45 620 43 60 76 99 (150) 748 71 72 882 93 939 48. 38 053 89 93 134 43 59 203 43 (150) 46 59 90 306 28 35 (150) 93 427 501 13 16 20 48 60 (300) 71 84 602 92 762 84 863 63 84 198 79 90 91. 39 042 46 (150) 51 57 61 72 127 39 269 78 407 53 56 69 566 754 827 71 45 000 76.

40 034 (150) 116 205 24 33 39 (150) 80 89 388 98 401 4 43 547 87 613 765 868 901. 41 061 (150) 91 (240) 168 237 314 34 (240) 45 94 489 569 71 625 35 (150) 59 723 45 58 71 81 (150) 804 32 90 (300) 901 12 43 47 70. 42 100 36 67 87 336 88 416 27 533 47 88 627 92 (240) 773 834 95 935 77. 43 086 199 221 74 400 10 520 93 631 35 98 739 58 60 818 971 (180) 74. 44 037 53 149 85 316 39 494 (180) 509 14 37 666 77 701 87 858 (150) 68 96 903 (1800) 26 53 (150) 68. 45 105 94 258 (300) 62 68 69 370 660 65 870 991. 46 109 33

